„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten Stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANS, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Nach der Wahlschlacht

Einer der heftigsten Wahlkämpfe in Canada ist am 28. Juli zum Abschluß gelangt. Im Mittelpunkte des Streites stand vornehmlich die innere und äußere Wirtschaftspolitik, die einer Neuorientierung bedurfte. Das war bereits im bekannten Dunning-Budget zum Ausdruck gelangt. Das zeigte sich ferner in dem starken Drucke, den die Frage der Arbeitslosigkeit auf die politische Meinung weiter Wählerkreise ausübte. Ein weiteres Moment war die Absatzschwierigkeit auf dem Weltweizenmarkt, die sich in den letzten Monaten in sinkenden Preisen fühlbar machte.

Diese und ähnliche Erscheinungen beeinflußten ohne Zweifel in starkem Maße die Stellungnahme und Entscheidung weiter Wählerkreise, namentlich jener Leute, die nicht weiter zu sehen vermögen, als ihre Nasenspitze reicht. Diese konnten oder wollten nicht einsehen, daß die gegenwärtige canadische Wirtschaftskrise nur eine Teilerscheinung der Weltwirtschaftskrise ist, daß es folglich gar nicht in der Macht einer einzelnen canadischen Partei liegt, das Volk aus den Tiefen der Depression zu den Höhen eines neuaufblühenden Wirtschaftslebens emporzuführen. Erst wenn die gesamte Weltlage, die von den Kapitalmächten an Wall Street beherrscht wird, durch Flüssigmachung neuer Kapitalien und durch einen Ausgleich zwischen Warenangebot und Warennachfrage wieder auf eine normale Basis gestellt ist, kann auch eine allmähliche Erholung der canadischen Volkswirtschaft einsetzen.

Diese Erholung zu fördern und zu beschleunigen, wird dann eine Hauptaufgabe der kommenden Männer in Ottawa sein. Werden sie dazu fähig sein? Werden sie sich von einseitigen Hochschutzzoll-Ideen freimachen können, um den goldenen Mittelweg zwischen Freihandel und „High Protection" einzuschlagen? Welche Interessen werden überwiegen, die kapitalistischen und großindustriellen des Ostens oder die einer ausgleichenden Wirtschaftspolitik? Es müßte zu einem Verhängnis für unseren Farmerwesten werden, wenn man die canadischen Fabrikanten auf Kosten der Farmer begünstigen und bevorzugen wollte. Befürchtungen dieser Art scheinen kurz nach der Wahl sogar auf dem Weizenmarkt aufgetreten zu sein; denn die Weizenpreise fielen ganz bedenklich und erreichten vorübergehend einen Tiefstand, wie er seit 17 Jahren in Canada nicht zu verzeichnen war.

An einer Tatsache wird auch die zukünftige konservative Regierung nicht achtlos vorübergehen können: Canada ist vorwiegend Ausfuhrland, ist im gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung auf eine Massenausfuhr geradezu angewiesen, wenn es prosperieren soll. Auf der anderen Seite ist Canada nicht imstande, seine industrielle Entfaltung nach dem Tempo anderer Länder vorzunehmen. Ein Vergleich mit den Ver. Staaten ist absolut unsinnig; denn unser südlicher Nachbar verfügt über ganz andere Möglichkeiten, über mannigfaltigere und reichere Naturschätze, über ein riesiges Wirtschaftsgebiet, das sich vom gemäßigten Norden bis zum warmen Süden erstreckt. Canada wird folglich auch als Einfuhrland, als Abnehmer ausländischer Erzeugnisse friedliche Handelsbeziehungen mit anderen Staaten pflegen müssen. Man könnte wohl hierzulande eine künstlich geschaffene Industrie hochpäppeln, aber nur auf Kosten der canadischen Verbraucher und insbesondere der Farmer, welche die Zeche für unvernünftig hohe Zölle bezahlen müßten.

Die politisch organisierten Farmer, die bei der Wahl am 28. Juli ziemlich schlecht abgeschnitten haben, namentlich in Saskatchewan, sollten dadurch allmählich zu der Einsicht gelangen, daß die beiden alten Parteien der Liberalen und Konservativen immer noch die stärkste Zugkraft auf die Wähler ausüben. Klassen- oder Standesparteien für Farmer oder Arbeiter können selbst in wirtschaftlich so schlechten Zeiten wie den gegenwärtigen nicht an Boden gewinnen, weil der gesunde Instinkt weiten Kreisen sagt, daß eine Klassenpartei in einem so gewaltig großen Lande wie Canada auf dem Boden der parlamentarisch-demokratischen Regierungsform nicht regieren könnte. Begünstigen die Konservativen in Zukunft einseitig den industriellen Osten, so wird die liberale Partei, die noch stets eine starke Stütze der Farmwirtschaft war, wahrscheinlich bedeutenden Zuwachs aus den Farmerkreisen erhalten.

Zwei wichtige Gesichtspunkte ergeben sich endlich aus dem Wahlresultat: einmal das Auseinanderfallen der Provinz Quebec, das bisher eine liberale Hochburg war, und dann liberale Gewinne in Britisch Columbien. In der Provinz Quebec, wo die Französisch-Canadier überwiegen und die Industrie schon einen beträchtlichen Fortschritt zu verzeichnen hat, steht man anscheinend einer weitergehenden Vorzugsbehandlung Großbritanniens nicht sehr günstig gegenüber. In Britisch Columbien hingegen hat vermutlich gerade das Dunning-Budget starken Anklang gefunden.

Es ist verfrüht, heute schon sich in Prophezeiungen über die zukünftige canadische Politik unter konservativer Führung zu ergehen. Soviel aber läßt sich sagen: Herr Bennett und sein kommendes Kabinett werden vor berghohen Schwierigkeiten stehen, wenn sie alle die Versprechungen einlösen wollen, die sie im Laufe des Wahlkampfes den leichtgläubigen Wählermassen gegeben haben. Die Erfüllung dieser Versprechungen wird nicht nur große staatsmännische und wirtschaftspolitische Fähigkeiten erfordern, sondern auch den canadischen Steuerzahlern teuer zu stehen kommen. Die Verantwortung, die auf die Schultern des Herrn Bennett und seiner konservativen Partei gelegt wird, ist drückend schwer. Vielleicht schützen sich eines Tages die Liberalen noch einmal glücklich, daß sie in der ernsten Notzeit der Gegenwart und des kommenden Winters die Zügel der Regierung in Ottawa nicht zu führen brauchten.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Aus dem deutschen Wahlkampf

Kein Tag vergeht ohne politische Sensation in dieser aufgeregten Zeit der deutschen Wahlkampagne. Den Nachrichten von der Bildung der Konservativen Volkspartei, dem Wahlerlaß des Stahlhelm und der soeben vollzogenen Gründung der „Staatspartei" folgt die Ankündigung, daß Anton Erkelenz aus der Demokratischen Partei ausgetreten und zu den Sozialisten übergegangen ist. Anton Erkelenz, der frohgemute Rheinländer, der mit seinen Wurzeln im Gewerkschaftsleben faßt, war eine der stärksten Stützen der Demokraten und saß lange Jahre im Vorstand der Partei, bis ihn vor einiger Zeit sein angegriffener Gesundheitszustand zwang, diesen Posten niederzulegen. Als Grund seiner politischen Gesinnungsänderung führt er an, daß die Partei ihren alten politischen Grundsätzen untreu geworden und im Begriff stehe, eine Schwenkung nach rechts zu vollziehen, die mitzumachen er nicht imstande sei. Erkelenz war in der Wahl von 1928 auf der Reichsliste der Partei in den Reichstag gewählt worden.

Die direkte Ursache des Uebertrittes von Erkelenz, dürfte in der soeben erfolgten Gründung einer neuen Partei, der „Staats-Partei", zu suchen sein. Diese Partei, die ihren Kern aus der demokratischen Partei wie aus dem Orden der Jungdeutschen zieht, strebt einen Zusammenschluß der Mittelparteien an und sucht einen Ausgleich zwischen den rechts und links stehenden Fraktionen.

Ihr erster Zweck gilt der Heranziehung der Jugend zu politischer Betätigung, der ja schon Stresemann kurz vor seinem Hinscheiden das Wort geredet hat. „Eine breite neue Front", heißt es in der Prinzipien-Erklärung der neuen Partei, „muß errichtet werden, an welcher die junge Generation Seite an Seite mit den älteren Leuten zur Reformierung und Erweiterung der Republik fechten vermag."

Für die Opfer der Neuroder Katastrophe

Dem „Courier" wird von der Deutschen Nothilfe geschrieben:

In ganz Deutschland und im Auslande hat die Nachricht von der Grubenkatastrophe auf der schlesischen Zeche Wenceslaus im Neuroder Steinkohlenbezirk lebhafte Anteilnahme und Hilfsbereitschaft ausgelöst. 151 Bergleute sind bei dem schweren Explosionsunglück ums Leben gekommen, 49 wurden verletzt. Mehr als 120 Familien in einer der ärmsten Bergarbeiter-Gegenden, in der ohnehin viel drückende Not zu lindern ist, sind mit einem Schlage in tiefe Trauer versetzt und ihres Ernährers beraubt worden. Reich und Staat haben sofort Mittel für die Hinterbliebenen und Verletzten zur Verfügung gestellt. Aber auch die private Gebefreudigkeit wird dankbar begrüßt. Im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden nimmt die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe Spenden für die Hinterbliebenen der getöteten Bergleute und für die Verletzten entgegen.

Alle Spender werden gebeten, Geldspenden auf das Konto „Deutsche Nothilfe, Grubenunglück Neuroder Steinkohlenbezirk" bei der Zentrale der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft in Berlin oder durch Scheck an die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 62, zu überweisen.

Weltumschau

Kapitalflucht aus Deutschland. Die „Kapitalflucht" macht der deutschen Regierung Sorgen. — Reichsarbeitsminister Adam Stegerwald schürte in einer jüngst in Kiel gehaltenen öffentlichen Rede die Summe des deutschen Kapitals, das im Ausland angelegt ist, um dem Steuerzugriff in der Heimat zu entgehen, auf acht Milliarden Reichsmark (rund $2,000,000,000), aber Kenner der Finanzen schätzen sie auf zehn Milliarden Reichsmark (rund $2,500,000,000). Außer Holland, der Schweiz und Luxemburg, ist das kleine Fürstentum Liechtenstein, das eingesprengt zwischen der Schweiz und Oesterreich liegt, ein beliebter Zufluchtsort für jene deutschen Kapitalisten geworden, die dem Steuereinnehmer entgehen wollen oder auch für die ängstlichen Gemüter, die eine neue Inflation befürchten.

Verschiedene deutsche Zeitungen erörtern die Ursachen und die mit dieser Kapitalflucht verbundene Unsicherheit. So erwähnt das „Deutsche Zivildienstblatt" ausführlich den Wettbewerb zwischen der Schweiz und dem kleinen Liechtenstein, die sich gegenseitig in vorteilhaften Angeboten an Firmen überbieten, die dem Namen nach ihr Hauptbüro außerhalb der Grenzen Deutschlands aufschlagen wollen. Das Schlimmste ist, so meint das Blatt, daß es keine gesetzliche Handhabe gibt, um dem Einhalt zu tun.

Die Zeitung „Der Deutsche Volkswirt" betrachtet die Angelegenheit von einer anderen Seite und meint, daß die deutschen Kapitalisten noch einmal aus allen Himmeln fallen würden. Wie sie behauptet, kann keiner dieser kleinen Staaten möglicherweise soviel fremdes Kapital unterbringen. Daraus folgt, daß er das Geld weiterverleihen muß, wahrscheinlich nach Ländern, die weniger Sicherheit bieten, zum Beispiel nach den Balkanländern, sodaß es oft im Kreise nach Deutschland zurückgelangt und so keinesfalls eine 100prozentige Sicherheit mehr garantiert sei.

Ein weitere Autorität, Kurt Heinig, Mitglied des Reichstages, Schriftsteller über volkswirtschaftliche Fragen, meint, diese heimlichen Kapitalverschiebungen in Europa beweisen, daß ein paneuropäischer Kapitalsteuerplan eine Notwendigkeit ist.

Schutz des „Bundespräsidenten". Der Titel eines „Bundespräsidenten" oder „Präsidenten der Union" ist jetzt von der österr. Regierung gesetzlich geschützt worden, so daß er nur noch von dem höchsten Vollzugsbeamten der Republik benutzt werden darf. Diese Gesetzgebung erfolgte, nachdem ein Mann dem Präsidenten Miklas als Bundespräsident vorgestellt war, und einer den anderen als „Herr Bundespräsident" anreden mußte.

Es gibt 22,000 Vereinigungen und Bünde in Oesterreich, deren Vorstände alle den Präsidententitel führen, und die Behörden hielten es an der Zeit, mit dieser Situation aufzuräumen, die womöglich zu Verwechselungen zwischen dem Präsidenten von Oesterreich und dem Oberhaupt eines Bundes von Straßen-Fischhändlern führen könnte.

Der „starke Mann Litauens" ausgewiesen. Professor Augustin Woldemaras, der frühere Premier und Diktator Litauens, ist auf Befehl des Bezirkskommandanten aus der Hauptstadt Kowno ausgewiesen und in die Provinz verbannt worden. In dem Ausweisungsbefehl wird der einstige starke Mann Litauens, der häufig in den Sitzungssälen des Völkerbunds in Genf mit den Polen anband, weil er ihnen den Raub Wilnas nicht hingehen lassen wollte, „eine Gefahr für die öffentliche Ordnung" genannt. Die Behörden Kownos haben seine Wohnung versiegelt und seine Habe auf Motorloren aus Kowno abschieben lassen, halten aber den Namen der Provinzstadt, in die er gebracht werden wird, vorläufig geheim.

Professor Woldemaras, der jetzt im 48. Lebensjahre steht, wurde in den letzten Kriegsjahren und in der Nachkriegszeit eine weltbekannte Persönlichkeit. Er begann seine politische Laufbahn im Jahre 1917 auf einem Litauerkongreß in St. Petersburg als Führer der Gruppe, welche für Unabhängigkeit Litauens eintrat. Während des Bolschewistenaufstands entkam er nach Berlin, wo er Dragoman der Gesandtschaft der Ukraine wurde. Wegen seiner Kenntnis von neun modernen und der beiden alten klassischen Sprachen gelangte er in der Gesandtschaft zu hohem Ansehen, welches er geschickt zur Stimmungsmache für die Schaffung eines unabhängigen Litauens verwertete.

Litwinow droht Ver. Staaten. Der neue russische Kommissar des Aeußern, Maxim Litwinow, empfing eine Gruppe ausländischer Zeitungskorrespondenten, um bei dieser Gelegenheit eine Warnung an alle Länder zu richten, die der Zulassung von Sowjeterzeugnissen Schwierigkeiten in den Weg legen. Litwinow, der kürzlich Tschitscherin als Außenkommissar ablöste, gab zu verstehen, daß Rußland in solchem Fall seinerseits seine Einkäufe in dem betreffenden Land abbrechen würde. Litwinow spielte hauptsächlich auf die Ver. Staaten an, die kürzlich ein Einfuhrverbot auf russisches Bauholz, Kohle und Streichhölzer verhängten.

Diese Maßnahmen, meinte Litwinow, müßten letzten Endes das betreffende Land schwerer treffen als Rußland, da es einer Absatzquelle verlustig ginge. Zu einer Zeit, da die Wirtschaftskrise beinahe kein Land unversucht läßt, sagte er, kann die Ausschaltung eines Landes wie die Sowjetunion vom Welthandel kaum klug genannt werden.

Er betonte ferner den Friedenswillen Rußlands, da, wie er sich äußerte, das große Programm der Sowjetunion zu seiner Verwirklichung des Friedens dringend bedürfe. Es sei Rußlands Bestreben, sagt Litwinow, ein friedliches Nebeneinandergehen der beiden vorherrschenden Wirtschaftsformen, der kommunistischen und der kapitalistischen, zu sichern.

Arbeiterführer und russische Zwangsarbeit. Ein Einfuhrverbot für alle Waren aus Rußland wird von der Schutzkonferenz der Lohnempfänger Amerikas befürwortet, einer Organisation, die von Matthew Woll geleitet wird, der Vizepräsident der Amerikanischen Arbeiterföderation ist. Die Organisation verlangt ein allgemeines Einfuhrverbot ab 1. Januar 1932, zu welcher Zeit die Bestimmung des neuen Zollgesetzes in Kraft tritt, die die Einfuhrbeschränkung auf alle mit Hilfe von Gefangenen- oder Zwangsarbeit hergestellten Fertigwaren auf alle Erzeugnisse und Rohmaterialien ausdehnt. Bis dahin verlangt die Konferenz einen Ausschluß aller russischen Waren, die hier ohne Rücksicht auf den Gestehungspreis verkauft werden.

Mit der Erklärung, daß „das ganze Wirtschaftssystem der Sowjets ganz oder teilweise auf Gefangenen- oder Zwangsarbeit gestützt ist," führte Woll aus, daß „es eine Unterminierung der Grundlagen des amerikanischen Wirtschafts- und Gesellschaftslebens ist, die industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse eines solchen Systems in ein Land kommen zu lassen, wo die Arbeit frei, die Lebenshaltung hoch und das Prinzip hoher Löhne im allgemeinen angenommen ist.

„Diese Bewegung für ein allgemeines Verbot des Handels mit Sowjetrußland liegt ebenso im Interesse der russischen Arbeiter wie dem unseren. Denn so lange die kommunistischen Herrscher Sowjetrußlands ihr jetziges Programm utopischer, künstlicher und erzwungener Industrialisierung vertreten können, weil sie, die Hilfe ausländischer Kapitalisten erhalten, die wegen ihres eigenen privaten Profits mit ihnen Handel zu treiben bereit sind, solange werden die russischen Arbeiter es schwer finden, sich von der Tyrannei der kommunistischen Diktatur zu befreien."

Judenverfolgung in Bessarabien. Die jüdische Telegraphenagentur berichtet, daß die Juden in Uriev, Bessarabien, über die Ermordung eines Juden namens Scholem Landau in große Aufregung geraten seien. Die jüdischen Führer in Uriev erklärten, daß sie eine weitere schlimme Entwicklung zu einer anscheinend wohlvorbereiteten anti-semitischen Verfolgung erwarteten. Alle im Besitz von Juden befindlichen Läden bleiben geschlossen und die Juden halten sich von den Straßen im Bazarviertel fern.

Der frühere Professor Machedon, der Führer der Antisemiten, der Scholem Landau vor den Augen von Hunderten von Bazarbesuchern in Uriev tötete, sagte in anmaßender Weise zu den Untersuchungsbehörden, daß er Landau erschossen habe, weil er eben die Juden hasse.

Aus Galatz kamen Einzelheiten über eine vermutliche Brandstiftung, durch die viele Häuser von Juden im Chevisch-Viertel zerstört wurden. Das Feuer nahm seinen Anfang in den Lagerhäusern der jüdischen Bankiers Marmorosh, Blank & Co. Aus Fikan wird berichtet, daß sich die dortige jüdische Jugend zu einer jüdischen Verteidigungsliga zusammengeschlossen habe.

Aegypten revoltiert weiter. Von einem Spezialkorrespondenten des Reuter-Bureaus, der als einziger Nicht-Aegypter der Geheimsitzung der nationalistischen Mitglieder des ägyptischen Parlaments beiwohnte, wurden die Einzelheiten vom Hergang der Tagung bekannt. Die Nationalisten oder Wafdisten hatten die Tagung trotz eines Verbots König Fuads abgehalten und bei der Gelegenheit beschlossen, den Weg des passiven Widerstandes gegen die Regierung zu betreten.

In Anwesenheit von 146 Deputierten begann die Tagung mit der Verlesung einer Eingabe an den König. Die Abgeordneten stimmten hierauf dafür, die Versammlung als ordentliche Parlamentstagung anzuerkennen und nahmen dann einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung an.

Nach der Versammlung proklamierte der frühere Ministerpräsident Nahas Pascha den sofortigen Beginn einer Kampagne des passiven Widerstands gegen die Regierung. Zunächst werden die Steuern verweigert. Gleichzeitig befaßte sich eine Gruppe von Senatoren des ägyptischen Oberhauses mit verschiedenen Resolutionen, worin die Regierung wegen mehrfacher Verletzungen der Verfassung zur Rechenschaft gezogen wurde.

Keine Hoffnung auf Frieden in Indien. Indische Politiker sind der Meinung, daß die Hoffnungen auf eine friedliche Beilegung der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams im Schwinden sind. Hervorgehoben wird, daß die kürzlichen Verhandlungen der indischen Führer Sapru und Jayaker mit Mahatma Gandhi im Gefängnis keine Resultate ergaben. Der Nationalistenführer bestand darauf, daß dem indischen Nationalkongreß im wesentlichen Unabhängigkeit des Landes zugesichert werden sollte, was die beiden Unterhändler nicht versprechen konnten. Die Kongreßpartei fordert, den gefangenen Nationalistenführern eigene Besprechungen über die bisherigen Verhandlungen zu gestatten. Allen Anzeichen nach denkt die Regierung nicht an ein solches Zugeständnis. In politischen Kreisen heißt es: Gandhi habe verlangt, daß irgendwelche Friedensvorschläge die Unterschriften seiner beiden verhafteten Unterführer Motilal Nehru und Jawaharlal Nehru tragen müßten, weil beide Führer des indischen Kongresses sind. Im übrigen habe sich Gandhi durchaus ablehnend verhalten.

In einer Ansprache an eine Versammlung in Surat hat der Inderführer Vallabhai Patel die Kongreßpartei dringend aufgefordert, ihre Kräfte zu verstärken und das Ringen bis zum Ende durchzuführen. Auf einer anderen Versammlung im Beisein indischer Bauern erklärte Patel, es würde Torheit sein, sich zu der vorgeschlagenen Konferenz über Indien nach London zu begeben. Er ermahnte die Anwesenden, nicht eine Kupfermünze an Steuern zu entrichten, das Friedensgerede unbeachtet zu lassen und die Kampagne des bürgerlichen Ungehorsams mit erneuter Kraft aufzunehmen. Hinzufügend sagte er: „Wir sind letzten Endes des Sieges sicher, jedoch wird der Sieg nicht schon morgen kommen. Wenn wir das Ringen nicht verschärfen, wird der Sieg überhaupt nicht kommen."

Wüten der Roten in China. Ueberrannt von einer kommunistischen Horde, wurde die Stadt Changsha (China) die Hauptstadt der Provinz Hunan und eine der reichsten chinesischen Städte, regelrecht ausgeplündert und von den Eindringlingen in Brand gesteckt; die Fremden haben sich an Bord der Kriegsschiffe ihrer Regierungen geflüchtet und befinden sich in Sicherheit. Die Kommunisten hatten ihre Gelegenheit wahrgenommen. Nachdem die nationalistische Garnison teilweise nach der Nordfront abgegangen war, wo der Bürgerkrieg wütet, fielen sie, über die kleine Schar der Zurückgebliebenen her. Von allen Seiten drangen die Kommunisten über die Mauern der Stadt, und es begann eine wahre Orgie des Raubens, Mordens und Sengens. Die Fremden befanden sich aber, wie übereinstimmend gemeldet wird, in Sicherheit auf den Kanonenbooten, die am Stangfluß vor der Stadt lagen.

Der Ueberfall auf Changsha wird als eine der folgenschwersten Ausschreitungen der Roten in ganz China beschrieben. Einflußreiche Chinesen äußerten die Ansicht, daß es sich dabei um ein Werk der dritten Internationale in Moskau handelte. Wenn es der Regierung nicht gelinge, die Einstellung des Bürgerkrieges herbeizuführen, und sie ihre Aufmerksamkeit den Kommunisten zuwende fürchten sie noch ein weiteres Anwachsen der „roten Gefahr".

Ausländereigentum im Werte von Millionen von Dollars ist schutzlos den Roten auf Gnade oder Ungnade preisgegeben. Ob es geplündert wurde, ließ sich nicht feststellen. Die ersten Meldungen schienen allerdings anzudeuten, daß alles in Flammen aufgehen würde. Die Hauptquartiere von etlichen 25 protestantischen und katholischen Missionen suchten vergeblich das Schicksal ihrer Zweigmissionen in Changsha zu erfahren. Es existiert so gut wie gar keine Verbindung mit der Stadt.

Unruhen in Brasilien. Schwere Unruhen wurden aus dem Staate Parahyba (Brasilien) gemeldet, wo Joao Pessoa, der Staatspräsident und liberale Vizepräsidentschafts-Kandidat bei den brasilianischen Wahlen ermordet wurde. Der ganze Staat Parahyba ist seit den Wahlen am 1. März in politischer Gärung, weil die Liberalen damals geschlagen wurden. Für mehr als vier Monate hat Joje Pereira, ein staatlicher Abgeordneter, einen bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Pessoa geführt, der sich besonders gegen die Stadt Princepa richtet. Mehr als 300 Männer, einige von ihnen Rebellen und die anderen staatliche Polizeibeamte, sind in verschiedenen Gefechten mit der Aufrührern getötet worden. Erst kürzlich proklamierte Pereira die Stadt Princepa und Umgegend als einen „unabhängigen Staat".

Arbeitslosigkeit in der ganzen Welt

Wirtschaftskrise als Vertrauenskrise

Von unserem Berliner A. D. Korrespondenten.

Eine Wirtschaftskrise läßt sich nicht nur aus rationalen Motiven heraus erklären. Namentlich die jetzige Krise, die sich über die Wirtschaft der ganzen Welt hinzieht, hat ihre Wurzel in einer Strukturwandlung der menschlichen Welt- und Wirtschaftsanschauungen. Immer klarer tritt die Erkenntnis hervor, daß es sich um eine Vertrauenskrise ganz großen Stils handelt, und in allen Untersuchungen wird dieses psychologische Moment besonders betont. Auch der Halbjahresbericht der deutschen Reichs-Kredit-Gesellschaft, der diesmal wieder in der gewohnten Klarheit und Sachlichkeit die Dinge zu schildern versteht, nimmt seinen Ausgang von dieser Erschütterung des Vertrauens, von der allgemeinen Unsicherheit über die Stabilität der Wert- und der Kreditverhältnisse. Befürchtungen und Hoffnungen führen leicht zu Massensuggestionen, und so erklären sich die Uebertreibungen, die regelmäßige Begleiterscheinungen der Konjunkturschwankungen sind.

Wie stark nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt unter den Depressionserscheinungen leidet, geht aus einer Zusammenstellung der ausländischen Konjunkturen hervor. In den wichtigsten Ländern hat die Wirtschaft, auf kurze Formeln gebracht, etwa folgendes Aussehen:

Großbritannien

Rückgang der Aufträge in den Hauptindustrien, Erschwerung des Exports durch internationalen Konjunkturrückgang; Arbeitslosigkeit hält unvermindert an, Produktionsziffern aber noch relativ hoch.

Belgien

Inlandsabsatz allgemein noch befriedigend, reicht aber wegen des nachlassenden Exports nicht aus, um Produktion in bisheriger Höhe aufrecht zu erhalten.

Niederlande

Produktionsniveau hat eine geringe Abschwächung erfahren, Außenhandel kaum verändert.

Schweiz

Die Wirtschaftslage hat sich langsam weiter verschlechtert. Rückgängig besonders Uhrenindustrie, Textilindustrie und Baugewerbe. Stokkungen im Außenhandel.

Italien

Unverminderte Arbeitslosigkeit. — Fortdauer des Produktionsrückganges. Außenhandel rückgängig.

Oesterreich

Rückgang schreitet weiter fort. Arbeitslosigkeit nimmt weniger ab als saisonmäßig erwartet.

Tschechoslowakei

Weitere Verschlechterung, rückgängige Produktion. Starke Zunahme der Insolvenzen, besonders im Handel.

Genau so liegen die Verhältnisse in Osteuropa. Dagegen hat ein Land weiter sehr günstige Allgemeinlage, nämlich:

Frankreich

Investitionstätigkeit unvermindert hoch und die dafür arbeitenden Industrien gut beschäftigt. Die von der internationalen Lage abhängigen Industrien und das Luxusgewerbe leiden dagegen unter Absatzschwierigkeiten.

Auch die gesamte außereuropäische Welt, Nordamerika, Südamerika, der Ferne Osten, Südafrika und Australien, überall Arbeitslosigkeit und Konjunkturrückgang.

Was soll daraus werden?

Die Reichs-Kredit-Gesellschaft vermutet, daß der Konjunkturrückgang in der Weltwirtschaft gewisse Vorteile für solche Länder in sich birgt, die für ihre wirtschaftliche Entwicklung Kapitaleinfuhr benötigen. So auch für die deutsche Volkswirtschaft, in der wichtige Investionen, wie vor allem Wohnungsbau, Modernisierung der Straßen und sonstige Verkehrsanlagen, im letzten Jahrzehnt vernachlässigt wurden. Hier könne sich eine Rückkehr des Vertrauens der Kapitalgeber zum Kapitalnehmer am ersten in neuen Beschäftigungsmöglichkeiten auswirken. Freilich Vertrauen kann nicht künstlich geschaffen werden, es muß erworben werden durch geordnete öffentliche und private Finanzen.

Bukarest will in guten Geruch kommen

Die Residenz Carols II. marschiert, was die allgemeinen hygienischen Zustände anbelangt, ganz und gar nicht an der Spitze der europäischen Hauptstädte. Nein, in des Wortes wahrster Bedeutung, stinkt es dort vielfach zum Himmel. Das soll nun endlich anders werden. Vorläufig wenigstens in den Lichtspieltheatern. Der Oberphysikus hat angeordnet, daß die Zuschauerräume parfümiert werden. Wenn diese Maßnahme allgemeine Uebung wird, so mag Bukarest schließlich wirklich noch in einen besseren Geruch kommen.

Bienen legen den Honig in eine Badewanne

Ein Einwohner eines kleinen Ortes in der Nähe von Rennes (Frankreich), Dr. Duplaix, machte bei der Rückkehr von einer viermonatigen Reise kürzlich eine ebenso überraschende wie angenehme Entdeckung. Beim Betreten seines Badezimmers fiel ihm ein starker Honiggeruch auf, und bei näherem Nachsehen ergab sich, daß die Badewanne nicht weniger als viereinhalb Pfund besten Bienenhonigs enthielt, den ein Schwarm der nützlichen Insekten während der Abwesenheit des Besitzers dort fabriziert hatte. Da man rechnet, daß etwa 5000 Bienen dazu nötig sind, um in der angegebenen Zeit ein Pfund Honig herzustellen, müssen also rund 20,000 Bienen Dr. Duplaix' Badezimmer bevölkert haben.

— Zur Behebung der Arbeitslosigkeit wird vielfach vorgeschlagen, eine möglichst kurze Arbeitszeit einzuführen. Nachdem die fünftägige Arbeitswoche mehr und mehr eingeführt wird, sprechen verschiedene Leute schon von einer zweitägigen Arbeitswoche. Ob das ein Glück für die Menschheit wäre? — Ein vernünftiger und kluger Mann würde die dadurch gewonnene Freizeit vielleicht praktisch und segenbringend verwenden können; aber wieviele vernünftige und kluge Männer gibt es?!